

Proletariats erfolgen darf. Wir haben an dieser Stelle bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß alle Projekte, die sich in den ausgegangenen Bahnen der bisherigen Steuerpolitik bewegen, von vornherein unzulänglich sein müssen und zudem den Widerstand der werktätigen Bevölkerung als des ständigen Objektes dieser Politik finden werden. Nur auf dem Wege einer großzügigen Vermögensabgabe, die dem Reiche, den Ländern und Gemeinden reale Werte in großem Umfange zuführt, kann eine tatsächliche sinnvolle Sanierung vorgenommen werden. Eine derartige Vermögensabgabe würde nur im Zusammenhange mit einer umfassenden Sozialisierungsdurchführung durchführbar sein und sie allein würde außer der wirtschaftlichen Erholung auch die Möglichkeit bringen, die ethischen und die produktiven Kräfte der arbeitenden Massen in den Dienst des dringend notwendigen Aufbaues der Gesellschaft zu stellen. Die Erfahrungen der Jahre seit dem Abschluß des Waffenstillstandes haben, den lebenden Menschen in Deutschland bewiesen, daß die bisherigen Träger der kapitalistischen Gesellschaft unfähig sind, an diese dringende Aufgabe heranzutreten, ohne Millionen arbeitender Volksgenossen dem Elend, Krankheiten und frühem Tod preiszugeben. Die Aufgabe der sozialistisch gesinnten Massen des deutschen Proletariats ist es deshalb, in entschlossenem, unermüdeten Kampfe die Grundlagen für diese notwendige Wandlung zu schaffen.

Die Arbeitsgemeinschaften Erhaltende Liebe?

Auf der 9. Tagung des Ausschusses des A. D. G. B. wurde unter anderem auch über die Stellung zu den Arbeitsgemeinschaften verhandelt.

Nach Schluß einer sehr langen und gründlichen Aussprache wurde ein Antrag der Schlichter, der den Austritt der Gewerkschaften aus den Arbeitsgemeinschaften forderte, mit 24 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde folgende Entschließung Tarnow (Holzarbeiter):

„Die Gewerkschaften sind der Arbeitsgemeinschaft beigetreten, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen. In diesem Sinne ist die Arbeitsgemeinschaft ein brauchbares Mittel im Kampfe um die Eroberung der wirtschaftlichen Macht und der Sozialisierung der Wirtschaft. Ihre Bedeutung ist jedoch zeitlich begrenzt und wird erlöschen, wenn mit der fortschreitenden Organisation der Gemeinwirtschaft andere, verfassungsmäßige und gesetzlich fundierte Organe geschaffen werden, in denen die Arbeiterschaft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt wird.“

Der Bundesauschuh hält zur Zeit die Arbeitsgemeinschaft noch nicht für überflüssig, glaubt aber, daß diese Frage erneut geprüft werden muß, wenn die Organisation der Bezirkswirtschaftsverbände durchgeführt worden ist.“

Uns wird es ewig rätselhaft bleiben, wie angesichts der Erfahrung mit der Stinnes-Sozialisierung Funktionäre der Arbeiterbewegung erklären können, sie halten die auf Parität beruhenden Arbeitsgemeinschaften für ein „brauchbares Mittel im Kampfe um die Eroberung der wirtschaftlichen Macht“. Und wir sind sicher, daß die Arbeiterschaft unser Entsetzen teilt. Dennoch werden wir den Eindruck nicht los, daß der Bundesauschuh in dieser Resolution eine Rückzugslinie sucht. Die Liebe scheint ein wenig zu erkalten und man findet nur noch nicht den Mut, den begangenen Irrtum offen zuzugeben, was wir allerdings für wünschenswert halten würden. Im Interesse der Arbeiterbewegung kann das unzulässige Zurückweichen von den Arbeitsgemeinschaften nicht früh genug erfolgen.

Die Abgebligten

Gegen die einstweilige Verfügung, die das Amtsgericht Berlin-Mitte auf Antrag der Testamentsvollstrecker unseres verstorbenen Parteivorsitzenden Hugo Haase erlassen hatte, wurde vom neukommunistischen Parteivorstand beim Landgericht I Widerspruch erhoben. Beim Beginn der Verhandlungen am Sonnabend erklärten die Genossen, Rechtsanwältin Rosenfeld und Boenheim als Vertreter unseres Parteivorstandes, daß die einstweilige Verfügung inzwischen gegenstandslos geworden sei. Die früher vom Parteivorstand benutzten Räume am Schiffbauerdamm seien aufgegeben, da der Parteivorstand inzwischen in die Breite Straße übergesiedelt sei. Sie beantragten, nur noch wegen der Kosten zu entscheiden und die Kosten den Däumig und Genossen aufzuerlegen. Das Zentralkomitee der Neukommunisten hatte seinerseits durch Rechtsanwalt Dr. Herasch Widerspruch erhoben und beantragt, durch einstweilige Verfügung anzuordnen, daß Crispian, Ledebour, Rosenfeld, Brühl, Dittmann, Künzler, Frau Kemitz, Schneider, Frau Waltrude Warm und Frau Luise Jek, unserem Zentralkomitee also, die Benutzung der Räume an Schiffbauerdamm und die Verfügung über das dort befindliche Mobilar verboten würde. Die Genossen Rosenfeld und Boenheim wiesen mit Recht darauf hin, daß diese Widerklage schon juristisch ein völliges Un Ding sei. Eine Widerklage könne natürlich nur gegen den erhoben werden, der geklagt hatte. Geklagt hatten aber Haases Testamentsvollstrecker. Es ist absurd, wenn das Gericht gegen die, die im Rechtsstreit gar nicht verwickelt und zum Prozeß gar nicht geladen sind, eine Verfügung treffen soll. Trotzdem auch das Gericht die Gegenpartei auf die Widerständigkeit des Antrages aufmerksam machte, wurde der Antrag nicht zurückgezogen.

Genosse Rosenfeld wies dann an der Hand unseres Parteistatutes in überzeugender Weise darauf hin, daß die Wahl des Neukommunistischen Parteivorstandes gegen das Statut verstoßen habe und daher überhaupt unzulässig sei. Nach dem Statut kann der Parteivorstand nur durch Stimmzettel gewählt werden. Die Wahl ist in dieser Weise nicht erfolgt.

Die Ausführungen des Genossen Rosenfeld riefen anscheinend auf der Gegenseite starke Verwirrung hervor. Vergeblich verjuchte Rechtsanwalt Herasch als Vertreter der Antragsteller nachzuweisen, daß die Wahl doch endgültig erfolgt sei. Er gebe zu, daß zwar nach dem Statut der Parteivorstand durch Stimmzettel gewählt werden müsse, meinte aber, daß das Statut ohne weiteres auf dem Parteitag geändert werden könne und daß eine solche Änderung auf dem Hallenser Parteitag eben geschehen sei. Er behauptete ferner, daß die Widerklage auch gegen Crispian, Ledebour usw. gerichtet werden könne. Demgegenüber wiesen unsere Genossen darauf hin, daß der Parteitag zwar eine Statutenänderung vornehmen könne, daß aber in diesem Fall fünf Tage vorher die geplante Statutenänderung öffentlich hätte bekanntgemacht werden müssen. Die Verhandlung zog sich bis in die fünfte Abendstunde hin. Das Urteil wird erst Montag bekannt werden.

Keine Ablieferung der Dieselmotore

Die Volkshartkonferenz hat dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation in Paris eine Note vom 10. November übermitteln, in der die Genehmigung erklärt wird, die Maschinen bis auf weiteres zur Verfügung der deutschen Regierung zu lassen, vorausgesetzt, daß sie nur zu Handels- oder gewerblichen Zwecken verwendet werden. Diese Entscheidung wird an die Bedingung geknüpft, daß die deutsche Regierung bis zum 31. März 1921 den Standort aller Unterseeboots-Dieselmotoren mitteilt und in der Zwischenzeit der Entente die Kontrolle über die industrielle Verwendung dieser Motoren in jeder Weise erleichtert.

Der Strang für das Koalitionsrecht

Das Arbeitszwangs-gesetz Bekennnis des Wirtschaftsministers

Am Sonnabend hielt anlässlich der Beratung des Etats des Wirtschaftsministeriums im Haushaltsausschuß des Reichstags der Wirtschaftsminister Dr. Scholz eine von neuen Gedanken völlig freie Rede über den Stand und die Ausichten der deutschen Wirtschaft. Erst auf eine Anfrage des Genossen Herz, ob das Schweigen des Ministers über den in seinem Ministerium gehegten Plan der Einführung einer Arbeitsdienstpflicht das Ende dieser unsinnigen Idee bedeute, erwiderte der Minister, daß er im Gegenteil entschieden an dieser Absicht festhalte. Wenn er in seinen einleitenden Ausführungen darauf nicht eingegangen sei, so deshalb, weil dieser Plan das Kabinett noch nicht beschäftigt habe. Er selbst aber sei der Meinung, daß die Arbeitsdienstpflicht dringend notwendig sei, um dem deutschen Volke beizubringen, daß die Arbeit eine sittliche Pflicht wäre. Auch müsse sie Ersatz für die früher bestandene Erziehung durch das Heer sein.

Wenn Herr Dr. Scholz die Absicht gehabt hat, der Öffentlichkeit zu zeigen, wie wenig er — der so gepriesene „Wirtschaftsminister“ — die Voraussetzungen für das von ihm übernommene Amt erfüllt, so hat er dieses Ziel vollkommen erreicht. Es ist wirklich ein ungläubliches Stück in einem Augenblick, in dem in Deutschland neben einer Million Arbeitsloser, zwei Millionen Menschen, die mit wesentlich verkürzter Arbeitszeit arbeiten, vorhanden sind, und für die die kapitalistische Gesellschaftsordnung völlig unfähig ist, Arbeit zu beschaffen, eine Arbeitspflicht gesetzlich einführen zu wollen.

Unter diesen Umständen, die eine völlige Arbeitslosigkeit gegenüber den wirklichen Ursachen der Krise, dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und der ständigen Zunahme des Elends von Millionen arbeitsamer Menschen vertragen, ist es kein Wunder, daß zur Milderung der Arbeitslosigkeit und zur Milderung des Elends der Massen bisher so gut wie gar nichts geschehen ist.

Gegen eine solche Scharlatanerie, auf die der Minister noch stolz zu sein scheint, wird die Arbeiterschaft deshalb von vornherein mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln antworten. Sie denkt nicht daran, sich zum Objekt irgendwelcher unsinniger Ideen machen zu lassen. Sie weiß es entschieden zurück, daß ihr die Erkenntnis beigebracht werden müßte, daß Arbeit eine sittliche Pflicht ist. Diese Ermahnungen sind ihr gegenüber absolut nicht am Platz. Sie müssen an diejenigen Kreise gerichtet werden, die nicht durch Arbeit, sondern durch Auswucherung des Volkes und durch Ausbeutung der Arbeitskraft anderer ein glänzendes Dasein führen. Diese Kreise aber werden durch die Arbeitsdienstpflicht künftig so wenig berührt werden, wie im Kriege durch das Hilfsdienstgesetz.

Wir wollen deshalb keine Zweifel daran lassen, daß dieser Plan der Arbeitsdienstpflicht eine scharfe Kampfanlage an die Arbeiterschaft bedeutet. Mag auch noch so oft versichert werden, daß es nicht die Absicht ist, eine neue Form der Zwangsarbeit herbeizuführen. Die Wirkung eines solchen Gesetzes kann, abgesehen von allem anderen, gar keine andere sein, als die der Festlegung der Arbeiterschaft. Nach dieser ersten authentischen Erklärung des Ministers, die alle Zweifel über die Absichten zerstreut, müssen deshalb die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften ungefäumt eine Aktion der Arbeitermassen gegen die geplante Einführung des Arbeitszwanges einleiten.

Die Technische Nothilfe

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Streit in den Berliner Elektrizitätswerken zum Anlaß genommen, um einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht zu unternehmen. Sie hat eine Interpellation eingebracht, in der sie bemerkt, daß die Staatsautorität durch diesen Verstoß verletzt worden sei. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion fragt:

„Ist die Reichsregierung bereit, die Technische Nothilfe, falls dies erforderlich sein sollte, zweckentsprechend zu ergänzen und auszugestalten, insbesondere aber die zu treffenden Vorkehrungen dahin auszudehnen, daß nicht nur die Versorgung der sogenannten lebenswichtigen Betriebe, sondern auch der gesamten Bevölkerung mit Elektrizität, Gas und Wasser sichergestellt wird?“

Ist die Reichsregierung ferner bereit, zur dauernden Erreichung dieser Zwecke einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die am 10. d. Mts. zum Schutze gegen wilde Streiks und wilde Ausperrungen in lebenswichtigen Betrieben erlassene Verordnung des Reichspräsidenten ersetzt und ergänzt und diesen Schutz der lebenswichtigen Betriebe auf den öffentlichen Verkehr und die Landwirtschaft ausdehnt?“

Es ist zu erwarten, daß die gegenwärtige Regierung diesem Drängen der Reaktion nach Ausnahmegesetzen gegen die Koalitionsfreiheit kaum einen ernsthaften Widerstand entgegenbringen wird. Wir nehmen sogar an, daß der Regierung dieses Drängen garnicht unympathisch ist, denn es überhebt sie der Notwendigkeit, von sich aus gegen die Arbeiterklasse vorzugehen, wozu auch sie längst eine Gelegenheit erwartet hat. Der Elektrizitätsstreik hat die Reaktion mobil gemacht. Bourgeoisie und Staatsgewalt werden nicht verjamen, das Eisen zu schmelzen, solange es warm ist. Die Arbeiterschaft wird sich zur Abwehr bereit halten müssen.

Der Forderung der Deutschnationalen, die Technische Nothilfe zu ergänzen und auszugestalten, ist die Regierung übrigens bereits zuvorgekommen. Im Boranschlag für den Etat werden angefordert für fortdauernde Ausgaben für diese Schutzgarde des Kapitals 15 Millionen Mark und für einmalige Ausgaben 25 Millionen Mark. Es wird dazu bemerkt, daß die tatsächliche Ausgabe erheblich von dem Umfang der Notwendigkeit zum Einfluß abhängig sein werde. Die Technische Nothilfe umfaßt nach den Angaben des Etats zurzeit eine Mitgliederzahl von 120 000 Köpfen, darunter 5500 Frauen. Als Exempel für die Beteiligung der einzelnen Berufsstände an der „praktischen Nothilfe“ wird die Betätigung der Technischen Nothilfe während der Kapptage benützt. Danach waren im Landesbezirk Berlin als Nothelfer eingesetzt 20 Prozent Arbeiter, ebensoviel Ingenieure und Techniker, 25 Prozent Studenten, 20 Prozent reifere Schüler, 2 Prozent Berufs- und Arbeitslose, 2 Prozent Beamte, 4 Prozent Lehrlinge, 2 Prozent Maschinenisten und Montiere, 1 Prozent ehemalige Offiziere, 0,5 Prozent Sanitätspersonal und ebensoviel Lehrer, 3 Prozent Frauen und Mädchen. Die Erläuterungen zum Etat erwarten, daß die besonnene und belebteste Arbeiterschaft von der Notwendigkeit der ganzen Einrichtung durchdrungen ist und ihr volle Sympathie entgegenbringt.“

Wir können den Verfassern dieser Pöbellichkeit erklären, daß die Arbeiterschaft nur von der Notwendigkeit der sofortigen Be-

gung dieser dem Polizeiminister unterstehenden Schutztruppe des Kapitals durchdrungen ist. Die Anforderung von 40 Millionen für die Stabilisierung dieser Einrichtung ist ein Skandal und eine Herausforderung an die Arbeiterschaft in einer Zeit, wo bei notwendigen Forderungen für kulturelle Zwecke das Sparjamteitgejammer die einzige Antwort ist. Wir verlangen die Streichung dieses Staatspostens. Es darf nicht sein, daß aus den Steuermitteln, zu denen die Arbeiterklasse in höherem Maße als irgend eine andere Gesellschaftsschicht beiträgt, Beträge gegeben werden, die der Arbeiterschaft verwandt werden.

Die Schlichtungsordnung kommt!

Das Verlangen der Bourgeoisie nach der Schlichtungsordnung ist wieder brechen geworden. Daß das Drängen der Gegner der Arbeiterschaft nach diesem Gesetz unmittelbar im Anschluß an den Elektrizitätsstreik einsetzt, beleuchtet hell den Zweck, den das Unternehmertum und seine Presse mit diesem Gesetz verbindet: es soll der Strang für das Koalitionsrecht werden. Der Ruf nach der Schlichtungsordnung erdnt täglich aus der bürgerlichen Presse und der Herr Reichsarbeitsminister säumt nicht länger, sondern läßt eine tröstliche Erklärung los, in der er mitteilt, daß der endgültige Entwurf für eine Schlichtungsordnung zurzeit ausgearbeitet werde. Nach der Fertigstellung wird der Entwurf zunächst dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat, alsdann dem Reichsrat und schließlich dem Reichstag zugehen. Die Einbringung des Gesetzes im Reichstag verkündet der Reichsarbeitsminister für den Anfang des nächsten Jahres.

Die bürgerliche Presse reagiert auf diese Verzögerung des Arbeitsministeriums etwas lauer. Sie hat Elise. Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß man nach so unendlich gründlicher Vorbereitung die größte Beschleunigung verlangen könne. Die Demokratische Fraktion des Reichstages, schreibt das Blatt, ist jedenfalls nicht gewillt, eine irgenb wie geartete Verzögerung zu dulden. Sie werde mit allen parlamentarischen Mitteln auf die beschleunigte Erledigung des dringend notwendigen Gesetzes drängen. Noch deutlicher wird die „Vossische Zeitung“. Sie höhnt darüber, daß sich die Schlichtungsordnung immer noch in Vorbereitung befinde, und behandelt die Erklärung des Arbeitsministers sehr boshaft, indem sie schreibt: die Erklärung, die Einbringung des Gesetzes sei Anfang nächsten Jahres zu erwarten, sei schon im vorigen Jahre abgegeben worden. Auch sie kann die Zeit nicht erwarten. Auch die Interpellation der Deutschnationalen kennzeichnet die Aufgabe, die die Reaktion dem Gesetz zumeißt.

Die „Vossische Zeitung“ hebt aus der Erklärung des Arbeitsministers die Mitteilung hervor, daß der Entwurf kein „Polizei- oder Zwangs-gesetz“ werden solle. Es werde bestimmt sein, „auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechts der Parteien eine gütliche Einigung in Arbeitsstreitigkeiten in einer für beide Teile nersöhnlichen Weise herbeizuführen“. Dieses werde oberster Gesichtspunkt sein bei der Ausarbeitung des Entwurfes. Soll man aus dem Hervorheben dieser Interpretation des Gesetzes durch die „Vossische Zeitung“ schließen, daß ihr dieses ein wenig gemildert erscheinende Verfahren nicht behagt?

Ob übrigens wirklich eine Milderung vorliegt, wird noch abzuwarten sein. Interessant ist aber, daß das Reichsarbeitsministerium die Schlichtungsordnung mit der aus Anlaß des Elektrizitätsstreiks erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920 in Vergleich zieht. Das Ministerium macht die Bemerkung, daß in der rechts- wie in der linkspolitischen Presse Notizen erschienen seien, die jene Verordnung mit dem Inhalt der Schlichtungsordnung verglichen hätten, und zwar in einer Weise, die geeignet sei, über den Inhalt des Entwurfes zur Schlichtungsordnung Irrtümer zu erregen. Auch die Deutschnationalen bringen in ihrer Interpellation ihre Zustimmung zur Verordnung und ihr Verlangen nach einem gleichgerichteten Gesetz zum Ausdruck. Der Arbeitsminister macht dazu die Bemerkung, daß die Schlichtungsordnung kein Polizei- oder Zwangs-gesetz sein werde, was wohl helfen soll, daß man sie nicht vergleichen könne mit der Verordnung des Reichspräsidenten gegen den Elektrizitätsstreik. Soll das bedeuten, daß auch das Reichsarbeitsministerium diese Verordnung für eine Polizeiaktion hält? Dann erwarten wir, daß das Ministerium schleunigst für die Aufhebung dieser Verordnung sorgt, die immer noch als ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben besteht und die Koalitionsfreiheit dieser Arbeiter bedroht. Dieser Zustand ist unerträglich und es ist gut, daß die Interpellation der Deutschnationalen Gelegenheit zur gründlichen Erörterung dieser Dinge geben wird.

Militarismus und Wohnungsnot

Folgende Anfrage ist von den Genossen Löwenstein und Künzler im Reichstage eingebracht worden:

„Das Dorf Zehronsdorf bei Jossen, das 1910 von der Heeresverwaltung angekauft wurde, enthält 87 größtenteils gut erhaltene unterkellerte Häuser, in denen Wohnungen für 1—2 Familien enthalten sind. In fast jedem Hause gibt es Ställe und Scheune.“

Außerdem befinden sich in diesem Dorfe einige weniger gut erhaltene Gebäude und Baracken. Zurzeit wird das Dorf von 7 Unteroffiziersfamilien bewohnt. Die übrigen Häuser stehen leer und stehen in Gefahr zu verfallen.“

Zu dem Dorfe gehört ein Terrain von Schätzungswerte 6000 Morgen, das früher als Übungsplatz für größere Heeresverbände verwendet wurde.

Das Terrain, das heute brach liegt, ist nach sachverständiger Ansicht für Kartoffel- und Gemüsesaaten nutzbar zu machen.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen unrationellen Zustand schleunigst zu beenden? Ist sie bereit, Dorf und Terrain für Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen?

Erhöhung des Straßenbahntarifes

Der Magistrat, der am Sonnabend nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten war, beschloß vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, die Erhöhung des Straßenbahntarifs von 70 auf 80 Pfennige und der Kahren-Karten von 5 Mark auf 6 Mark mit Wirkung vom 19. Nov. ab. Ferner verabschiedete er nach längerer Beratung die Vorlagen über die Uebergangs-Deputation, die zentralen Verwaltungsdeputationen und über das Orts-Statut betreffend das Stimmrecht der Magistratsräte und Magistratsbauräte. Die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung wird ebenfalls beantragt werden.

Der Wahlrechtsauschuß der Preussischen Landesversammlung beschloß, bei einer zweiten Lesung des Wahlgesetzes für den Landtag die Stimmenzahl, auf die ein Abgeordneter entfallen soll, auf 45 000 festzusetzen.

Gewerkschaften, Partei, Internationale

Paul Lange, Mitglied der kommunistischen Partei und lange Zeit Angehöriger ihrer Zentrale, veröffentlicht im „Freien Arbeiter“ dem Organ des Zentralverbandes der Angestellten, den nachfolgenden Artikel, dessen Kenntnis auch für unsere Genossen von Bedeutung sein dürfte. Mit freundlichen Grüßen aus Berlin.

Eine Gewerkschaft ist keine Partei und eine Partei keine Gewerkschaft. Die Partei vereint die Anhänger einer bestimmten politischen Auffassung, die freie Gewerkschaft aber ohne Rücksicht darauf solche Angestellte und Arbeiter, d. h. Angehörige einer bestimmten Klasse, die ihre Klassenlage begriffen haben. Demnach bedenken sich weder Mitglieder noch Aufgaben von Partei und Gewerkschaften.

Der Zentralverband der Angestellten ist eine Gewerkschaft, keine Partei. Und der Afa-Bund ist ein Bund von Angestellten gewerkschaften. Der Afa-Bund ist in der letzten Zeit von einer Seite angefeindet worden, die ihn nicht für radikal genug hielt. Diese Differenzen ergaben sich zunächst daraus, daß Leute, denen die Angestelltenbewegung ein Buch mit sieben Siegeln ist, die dem Afa-Bund angehörenden Betriebsratsmitglieder von ihm loszulösen und eine besondere selbständige Organisation aller Betriebsräte (Angestellte und Arbeiter) zu bilden wünschten. Wer der Angestelltenbewegung nicht fernsteht, vermag zu beurteilen, welche Folgen es gehabt hätte, wenn dem Afa-Bund seine besten Kräfte genommen, ihm gemißmaßen die Wurzeln abgehackt worden wären. Der Afa-Bund hat in Uebereinstimmung mit seinen Betriebsratsmitgliedern diesen Plan nachdrücklich abgelehnt, was uns den Vorwurf eingetragen hat, wir wollten die Einheit der Hand- und Kopfarbeiter stören — ein Vorwurf, der nach unserer ganzen Vergangenheit von so überwältigender Komik ist, daß sich jedes Wort erübrigt. Jene Befürworter einer von den Gewerkschaften losgelösten „Betriebsratsorganisation aller Hand- und Kopfarbeiter“ waren in ihrer Herzenseinfalt begierig, bei sich auch diejenigen Betriebsratsmitglieder aufzunehmen, die den außerhalb des Afa-Bundes stehenden unternehmerfreundlichen, arbeiterfeindlichen Angestelltenverbänden angehören, von denen z. B. der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband für den Fall größerer politischer Konflikte alle Vorbereitungen getroffen hat, um die Macht der Kapitalisten und Monarchisten in ihrer früheren Herrlichkeit wiederherstellen zu helfen.

In seltsamem Widerspruch zu diesem von uns eben abgewehrten Versuch, uns unter Außerachtlassung unserer Grundzüge zu einer Verbindung mit solchen rücksichtslosen Angestelltenverbänden zu veranlassen — die natürlich auch ihrerseits an eine solche Verbindung ihrer Betriebsräte mit den unserigen nicht dachten —, verlangte man nachher von uns, daß die dem Afa-Bund angehörenden Verbände in ihren eigenen Reihen einen Kampf bis aufs Messer führen sollen. Die kommunistische Partei hat ihre Anhänger auf bestimmte organisatorische Maßregeln verpflichtet, erstens durch Bildung politischer Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften (d. h. praktisch in den freien Gewerkschaften; die christlichen, bürgerlich-demokratischen, antisemitisch-konservativen Vereine bleiben davon frei) diese in den Dienst ihrer Partei zu stellen, zweitens in den einzelnen Gewerkschaften dahin zu wirken, daß sie aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund und in Amsterdam austreten, dem sie nicht direkt, sondern durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (und künftig durch den Afa-Bund) angehören, drittens sollen die kommunistischen Parteimitglieder verlangen, daß die einzelnen Gewerkschaften sich der politisch aufs schärfste pointierten Dritten Moskauer Gewerkschaftsinternationale anschließen.

Die so beabsichtigte Zerreißung des Internationalen Gewerkschaftsbundes würde dementsprechend auch eine Sprengung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie des Afa-Bundes bedeuten und schließlich eine Spaltung der einzelnen freien Gewerkschaften

herbeiführen. Ueber diese sich naturgemäß ergebenden Folgerungen kann auch die Beteuerung nicht hinweghelfen, diese Folgen würden nicht gewünscht. Gerade weil jedes unserer Gewerkschaftsmitglieder das Recht in Anspruch nehmen will und darf, die gewerkschaftlichen Fragen vom Standpunkt seiner Weltanschauung zu beleuchten, muß die Gewerkschaft zerfallen, wenn eine Richtung in ihr der anderen dieses Recht nicht mehr zubilligt, sondern in der gewerkschaftlichen Organisation nichts weiter erblickt, als ein politisches Operationsfeld, auf dem die anderen sich bekämpfen zu lassen haben. Man muß sich ferner klar sein, zerfallen so die freien Gewerkschaften nach politischen Parteien, dann wird die Gesamtsumme dieser auseinandergefallenen Teile sowohl nach der Mitgliederzahl als auch nach der inneren Macht weit schwächer sein, als die heutigen einheitlichen Gewerkschaften; sie würden zusammen schrumpfen nach dem Mitgliederbestande der einzelnen Parteien.

Das haben offenbar auch die Ueberbringer jener Thesen aus Moskau dunkel gefühlt; Däumig und Stoedcker ist ob der Frucht, die sie im Reifeckoffen hatten, anscheinend unheimlich zumute geworden. Denn in einer im Verlage Arbeiterat erschienenen von Kurt Geiger, Walter Stoedcker, Paul Hennig und Ernst Däumig herausgegebenen Broschüre „Für die Dritte Internationale“ heißt es z. B. über den geforderten Anschlag der Gewerkschaften an die Dritte Internationale zögerlich: „Diese Taktik wird zu einer Notwendigkeit werden, wenn die neue Gewerkschaftsinternationale lebensfähig ist.“ Man wirft also in die Masse eine Parole, über die man sich selbst selbst starke Zweifel hegt. Haben demnach die Moskauer Gewerkschaftsthesen nicht einmal in ihren Vätern wahre Freunde, so haben sie andererseits entschiedene Gegner gefunden. Der Afa-Bund hat — in einer Zeit, wo aus dem Durcheinander der vorhandenen vielen kapitalistisch besetzten Angestelltenvereine sich immer deutlicher zwei Richtungen (Gewerkschaftsbund der Angestellten und Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände) herauskristallisieren und konsolidieren — in einer Vertreterversammlung vom 29. September 1920 gesagt:

Die Gewerkschaften haben ihre Direktiven ausschließlich von ihren Mitgliedschaften entgegenzunehmen. Es wäre deshalb ein unerträglicher Zustand für die Gewerkschaften, wenn sich in ihnen selbstgeschlossene Zellen bildeten, die ihre Direktiven von außerhalb der Gewerkschaften stehenden diktatorischen Instanzen erhielten, denen sie sich bedingungslos zu fügen haben. . . .

Eine erfolgreiche systematische Arbeit der Betriebsräte setzt ihre Eingliederung in den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung voraus. Jede selbständige Sonderorganisation der Betriebsräte ist als zersplitternd und gewerkschaftschädlich abzulehnen.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) erkennt als unerlässliches Erfordernis für die freigewerkschaftliche Arbeit der Angestellten die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund an. Sie lehnt die Bedingungen des zweiten Kongresses der Dritten kommunistischen Internationale, soweit sie sich auf die Gewerkschaften beziehen, ab, da sie in ihnen keine Grundlage erblickt, auf der eine tragfähige, aktionsbereite, auf dem Willen der breiten Masse der freigewerkschaftlich denkenden Arbeiter und Angestellten sich stützende Gewerkschaftsinternationale möglich ist. Die Afa erklärt sich bereit, mit der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung aller Länder eine feste, dauernde organisatorische Zusammenarbeit herzustellen und zugleich die Internationale der Kopfarbeiter Hand in Hand und in dauernder organisatorischer Zusammenarbeit mit der Internationale der Handarbeiter, den Internationalen Gewerkschaftsbund, zu einer großen Internationale aller Kopf- und Handarbeiter der Welt auszubauen.

Diese Erklärung ist nicht ein „Ausfluß rücksichtiger Gewerkschaftsbureaukratie“, sondern für alle Einsichtigen notwendig geworden, um der Zersplitterung und Lahmlegung der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung wirksam entgegenzutreten. Wer in der freien Angestelltenbewegung lebt, muß sich darüber klar sein, welcher ungeheure Schaden sich aus ihrer Zerreißung ergeben und welcher Jubel sich bei den kapitalistisch-monarchistischen Angestelltenverbänden erheben würde, und er wird daher bereit sein, sie auf das Nachdrücklichste zu bekämpfen.

Groß-Berlin

Der Oberdada löst die Arbeitslosenfrage

Das grenzenlose Elend der Arbeitslosen und ihre Erbitterung gegen die wirtschaftlichen Zustände werden von verantwortungslosen Elementen, sicher auch Ephelein und sich selbst „radikal“ nennenden politischen Wirkköpfen dazu ausgenutzt, die Arbeitslosen zu Handlungen aufzureizen, deren Sinnlosigkeit auf der Hand liegt.

Der erste Arbeitslosenrat wurde nach tüchtiger Wählerarbeit der Kommunisten von seinem Posten verjagt. Nun sollten die Kommunisten zeigen, was sie zu leisten imstande seien. Sie kamen nicht dazu, kaum hatten ihre Vertreter sich im „Ratsfest“ niedergelassen, mußten sie diesen schon wieder den „Politischen“ räumen. Und die „Politischen“ werden alles machen. Sie führen Verhandlungen mit dem Magistrat im selben Genre wie die früher verjagten Arbeitslosenräte. Nur einen kleinen Fehler haben sie, sie wissen selbst nicht, was sie eigentlich wollen. Was der eine Unterhändler für gut und richtig hält, das lehnen die anderen ab und so geht es die Reihe nach durch.

Den „Politischen“ macht nun der Oberdada Konkurrenz. In Steglitz erläßt er am schwarzen Brett der Arbeitslosen folgenden Aufruf:

Genossen! Ihr seid den falschen Weg gegangen, als Ihr die wirtschaftliche Lage und die politische Form zum Mittelpunkt der Revolution machtet. Jagt den alten Geist zum Teufel, dann bessert Ihr zwangsläufig zugleich Eure wirtschaftliche Lage, und die politische Form wird folgen, die Euch das menschenwürdige Dasein bringt, das Ihr von der Revolution fordert. Wenn Ihr Näheres über meine Arbeit hören wollt, werde ich Euch gern alles sagen. Vielleicht beruft Genosse Herz eine Versammlung ein mit dem Thema: Was will der Oberdada? Ich sehe Euch zur Verfügung, gez. Baader.

Heureka! Der Oberdada hat den Stein der Weisen gefunden und „Dada“ ist kein Schwindel! Weisheit nicht! Nicht mehr Aenderung der Gesellschaftsform, nicht mehr Beseitigung des Privatbesitzes an Grund, Boden und Produktionsmitteln, sondern Oberdada bringt das menschenwürdige Dasein! Es lebe der Oberdada!

An Unfruchtbarkeit und Unfähigkeit wird der Oberdada seine jeglichen Vorgänger schwerlich übertreffen und Anhänger wird auch er bekommen!

Kursus für Elternbeiräte

Im Osten Berlins ist ein Kursus für Elternbeiräte und Interessenten eingerichtet. Schullokal ist die Aula Petersburgerstr. 4. Beginn pünktlich 7 Uhr abends. Der Kursus umfaßt 7 Abende. Es werden folgende Fragen behandelt: 1. Die sozialistische Einheitschule. 2. Lohn und Strafe in der Schule (Prüfung). Dienstag, den 16. November. 3. Kirche und Schule. Dienstag, den 23. November. 4. Die gemeinsame Erziehung. Geschlechter (Sexuale Aufst.) Dienstag, den 30. November. 5. Selbstverwaltung der Schule. Dienstag, den 7. Dezember. 6. Arbeitsunterricht. Dienstag, den 14. Dezember. 7. Berufswahl und Berufsberatung u. d. schulentlassene Jugend. Dienstag, den 21. Dezember.

Juristische Sprechstunde

täglich, mit Ausnahme Sonnabends, von 4—7 Uhr, Breite Straße 8/9, Ausgang 7, ptr. Auskunft und Anfertigung von Schriftsätzen bei Vorlage der Abonnementsquittung kostenlos.

Preßkommission. — Alle Zuschriften (Beschwerden usw.) wolle man an B. Naab, N., Weissenburger Straße 4, richten.

Elternbeiräte! Am Montag, den 15. November, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Steinstraße, Versammlung. Vortrag des Genossen Dr. Löwenstein. 1. Elternbeiräte und Parteispaltung. 2. Die Befragung der Schulen und die Elternbeiräte. Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig. Mitgliedsbuch der U. S. D. (Crispien-Verlag) legitimiert.

Hunger

Roman von Kurt Hamann.

Er sieht mich an, — und ich bin nicht imstande, mein Begehren über die Lippen zu bringen.

„Ach es ist ja wahr, Sie haben bezahlt,“ sagt er plötzlich. Er sagt ganz einfach, ich hätte bezahlt; ich vernahm jedes Wort. Und dann zählt er das Silbergeld an der Kasse, Krone aus Krone, blankes fettes Geld, — er gibt wieder auf fünf Kronen heraus.

„Bitte!“ sagt er.

Und ich stehe da und sehe dies Geld eine Sekunde an; ich begreife, daß etwas nicht in Ordnung ist, aber ich überlege nicht, denke absolut an nichts, und staune nur über all den Reichtum, der dort vor meinen Augen leuchtet. Dann streiche ich das Geld mechanisch zusammen.

Dumm vor Verwunderung, geschlagen, vernichtet stehe ich vor dem Ladentisch; endlich mache ich einen Schritt nach der Tür zu und bleibe wieder stehen. Mein Blick fällt auf einen bestimmten Punkt an der Mauer, wo eine kleine Schelle an einem Lederhalsband hängt, und darunter ein Bündel Schnüre. Dies alles starre ich an.

Der Kommissar glaubt, daß ich ein Gespräch anfangen möchte, da ich mir so viel Zeit lasse, und sagt, indem er einen Haufen Packpapier ordnet, das aus dem Ladentisch umherliegt:

„Es sieht aus, als ob es Winter werden wollte.“

„Hm! Ja.“ antwortete ich, „es sieht aus, als ob es Winter werden wollte.“ Es sieht so aus.“ Und gleich darauf noch:

„O ja, es ist auch nicht zu früh.“

Ich hörte mich sprechen, jedes Wort deutlich, als ob ein anderer Mensch spräche; ich rebete unbewußt, untreiwilling, ohne es selbst zu fühlen.

„So? Finden Sie das wirklich?“ sagt der Kommissar.

Ich steckte die Hand mit dem Geld in die Tasche, drückte auf die Klinke und ging; ich hörte, wie ich Gutenacht jagte und der Ladendiener antwortete.

Ich war schon ein paar Schritte fort, als die Ladentür aufgerissen wurde, und der Kommissar mir nachrief. Ich wandte mich um, ohne Verwunderung, ohne eine Spur von Angst; ich sammelte nur das Geld zusammen und bereitete mich vor, es ihm zurückzugeben.

„Bitte, Sie haben Ihre Kerze vergessen.“

„Danke!“ sage ich ruhig. „Danke! Dank!“

Dann ging ich mit der Kerze in der Hand die Straße hinunter.

Mein erster vernünftiger Gedanke galt dem Gelde. Ich ging an eine Laterne, zählte es abermals, was es in der Hand und Lichte. Jetzt war mir also herrlich geholfen, großartig, wunderbar geholfen auf lange, lange Zeit! Ich schob das Geld wieder in die Tasche und ging.

Vor einem Speisekeller in der Strogade blieb ich stehen und überlegte kalt und ruhig, ob ich mich hineinwagen und sofort ein kleines Lunch genießen solle. Ich hörte das Klappern der Teller und Messer und Gabeln da drinnen, hörte, wie das Fleisch geklopft wurde. Die Versuchung war zu groß. Ich trat ein.

„Ein Beefsteak!“

„Ein Beefsteak!“ rief die Kellnerin durch die Luke.

Ich ließ mich an einem kleinen Tische neben der Tür nieder und wartete. Es war ziemlich dunkel, wo ich saß; ich süßte mich daher einigermaßen geborgen und begann nachzudenken. Dann und wann sah die Aufwärterin mit neugierigem Blick zu mir herüber.

Jetzt hatte ich meine erste Unredlichkeit begangen, meinen ersten Diebstahl, gegen den all meine früheren Streiche nichts mehr waren; mein erster, — der große Fall . . . Sei's drum! Es ließ sich nicht mehr ändern. Uebrigens stand es mir ja frei, die Sache mit dem Krämer ein ander Mal, später, wenn sich Gelegenheit dazu bot, zu ordnen. Es brauchte ja nicht weiter abwärts mit mir zu gehen; überdies hatte ich mich ja nicht verpflichtet, ehrlicher als alle anderen Menschen zu leben, es war gar keine Abmachung. . .

„Belomme ich mein Beefsteak bald?“

„Sofort.“ Die Kellnerin öffnete die Luke zur Küche und sieht hinein.

Wenn die Sache nun aber an den Tag kam? Wenn der Kommissar Verdacht faßte, über die Sache mit dem Brote und den fünf Kronen, aus denen die Frau herausbekommen hatte, nachdachte? Es war nicht unmöglich, daß er eines Tages daraufkommen würde, vielleicht schon das nächste Mal, wenn ich in den Laden kam. Nun ja, mein Gott! . . . Und ich zuckte verstoßen mit den Achseln.

„Bitte!“ sagte die Kellnerin freundlich und stellte das Beefsteak auf den Tisch. „Aber wollen Sie nicht lieber in ein anderes Zimmer gehen? Hier ist es so dunkel.“

„Nein, danke, lassen Sie mich nur hier,“ antwortete ich. Ihre Freundlichkeit rührte mich plötzlich; ich bezahlte das Beefsteak sofort, gebe ihr auf gut Glück, was ich aus der Tasche hohle und drückte ihr die Hand zu. Sie lächelt, und ich sage scherzweise, mit Tränen in den Augen: „Für den Rest kaufen Sie sich ein Haus . . .“

„Ich wünsche wohl zu speisen!“

„Ich hing an zu essen, wurde immer gieriger und verschluckte große Stücke, ohne sie zu zerkauen, ergöhte mich tierisch bei jedem Mundvoll. Wie ein Menschenfresser zerriß ich das Fleisch.“

Die Kellnerin trat wieder zu mir.

„Wünschen Sie nichts zu trinken?“ Und dabei beugt sie sich zu mir herab.

„Ich sah sie an; sie sprach sehr leise, beinahe schüchtern, und schlug die Augen nieder!“

„Ich meine, eine halbe Bier, oder was Sie sonst . . . vom mir wollen . . . dazu . . . wenn Sie wollen . . .“

„Nein, danke!“ entgegnete ich. „Jetzt nicht. Ich komme ein ander Mal wieder!“

Sie ging und setzte sich hinter den Schenktisch; ich sah nur ihren Kopf. Ein wunderliches Mädchen!

Als ich fertig war, ging ich sofort nach der Tür. Ich spürte bereits Uebelkeit. Die Kellnerin stand auf. Ich wollte nicht zu weit vortreten, mich dem jungen Mädchen nicht zeigen, das keine Ahnung von meinem Elend hatte; deshalb sagte ich hastig Gutenacht, nickte ihr zu und ging.

Die Speisen begannen zu wirken, ich litt heftig und behielt sie nicht lange bei mir. In jeder dunklen Ecke, an der ich vorüber kam, gab ich sie von mir, kämpfte mit dieser Uebelkeit, die mich von neuem aushöhlte, halte die Faust, nahm mich zusammen, kämpfte mit dem Fuße — vergebens! Zu leicht ließ ich in einen Torweg, beugte den Kopf vor und gab, fast blind von dem Wasser, das mir in die Augen schloß, alles von mir.

Ich war erbittert, trat wieder auf die Straße hinaus und meinte, suchte den grausamen Mächten — wer sie auch sein mochten — die mich verfolgten, und wünschte ihnen die ewige Qual und Verdammnis der Hölle für ihre Niederträchtigkeit. Wahrhaftig, man mußte gestehen, das Schicksal war wenig ritterlich, sehr wenig ritterlich! . . . Ich trat an einen Mann heran, der in ein Ladenfenster hineingelockt und fragte ihn in größter Eile, was man seiner Ansicht nach einem Manne geben müsse, der lange Zeit gehungert habe. Es ginge ans Leben, sagte ich, er verträge kein Beefsteak.

„Ich habe sagen hören, daß Milch gut sein soll, gekochte Milch,“ entgegnete der Mann sehr verwundert. „Für wen erkundigen Sie sich übrigens?“

„Danke! Danke!“ sagte ich. „Das mag schon gut sein, gekochte Milch . . .“

Und damit gehe ich.

(Fortsetzung folgt.)

Kunstabend. Es ist eine alte durch die Tatsachen schon längst widerlegte Behauptung des Bürgertums und ihres literarischen Snobs, daß der Sozialismus nicht nur Kultur sondern auch kunstfeindlich sei. Wenn unsere Gegner Gelegenheit hätten, einmal die von unseren Bildungsauswüchsen veranstalteten Kunstabende zu besuchen, sie würden nicht nur eines Besseren belehrt werden, sie müßten sich sogar schämen. Das werktätige Volk, das nach der Kunst hungert wie nach gutem Brot, betrachtet allerdings die Wiedergabe unserer klassischen Meister nicht vom Standpunkte des höheren Übels aus. Für die Arbeiterklasse ist die Kunst nicht ein Genussmittel im Sinne des Bürgertums, das Konzerte und Theater besucht, um mit gefülltem Magen seine Toiletten und Brillanten zu zeigen. Für sie sind solche Abende nicht nur Stunden der Andacht und der Beize, sondern auch Stunden geistiger Erholung nach wochenlangem schwerem Schaffen.

Der 11. Distrikt läßt es sich angelegen sein, seinen Mitgliefern durch seinen Bildungsausschuß vollendete Kunst zu bieten. So veranstaltet er am Dienstag, den 16. d. Mts., abends 7 Uhr, in der Schulanstalt des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 25, seinen jährigen Kunstabend, zu welchem Hrl. Gertraude Wittenheimer (Gesang), Dr. Heitz Günther (Flügel) und der bekannte Rezitator Genosse Leo Kenter ihre Mitwirkung zugesagt haben. Es werdenlieder von Schubert und Gedichte von Goethe und Heine zu Gehör gebracht.

Karten zum Preise von 1,50 Mark sind bei den Bezirksführern und an der Abendkasse erhältlich.

Der Untergang des Abendlandes. Auf Grund des Spengler'schen Werkes führt Prof. Dr. B. Valentin in einer Vorlesungsrunde an der Humboldt-Hochschule in die Geschichtsphilosophie ein. Die Vorlesungen finden Dienstags 6 $\frac{1}{2}$ —7 $\frac{1}{2}$ Georgenstr. 30/31 statt. Beg. 16. November.

Ver. Schwimm-Verein „Südost“. Mitgl. des Ver. Wassersport-Verbandes, hält am heutigen Sonntag sein diesjähriges Schau- und Wettschwimmen in der Stadt. Badeanstalt an der Schillingstraße ab. Da sämtliche Berliner Ver. Schwimm-Vereine ihre besten Schwimmer zu demselben gemeldet haben, so ist für spannende Kämpfe gesorgt und jeder Liebhaber des Arbeitersports sollte dieses fest besuchen. Eintrittskarten an der Kasse inkl. Programm 2 Mark.

Die Dresdener Künstlergenossenschaft S. B. (Brühl'sche Terrasse) veranstaltet ab Mitte November bei U. Wertheim, Leipziger Straße, im 2. Stock eine Kollektivausstellung ihrer Bilder. Zur gleichen Zeit stellt im 2. Stock am Leipziger Platz der Berliner Künstlerbund S. B. seine Arbeiten aus. (Graphik, Postell,quarell usw.)

Am Totensonntag bleiben die staatlichen Museen (Mies und Neues Museum, Kaiser-Friedrich-Museum, Museum für Völkerkunde, Sammlung für Volkskunde und Zeughaus) geschlossen. — Das Kunstgewerbe-Museum ist wegen seines Umzugs nach dem Schloß am Lustgarten ohnedies nicht geöffnet.

Die Schuldeputation hat den Schulleitern mitgeteilt, daß Schulkinder, die am 6. November wegen der Revolutionsfeier den Unterricht veräumelten und dies durch eine Erklärung der Eltern nachweisen, wegen Schulverhinderung nicht zu bestrafen sind.

Stadtverordnete, Bezirksverordnete und Kommunale Kommissionen. Dienstag, den 17. November, abends 7 Uhr, im Köllnischen Gymnasium, Inselstraße, Vortrag des Genossen Dr. Herz über: Die Ernährungsfrage und die Kommune.

12. Verwaltungsbezirk. Steglitz, Südbende, Pantwig und Lichtersfeld. Volksversammlung der kommunalen Kommission am Dienstag, den 16. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Rathhaus Steglitz. Außer den Mitgliedern der K. K. haben zu erscheinen: alle Bezirksverordneten, die Delegierten der komm. Arbeiterräte sowie der Elternräte. Nur die auf dem Boden der U. S. V. D. (Crispien-Ledebour) stehenden Genossinnen und Genossen haben Zutritt.

16. Verwaltungsbezirk (Cöpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Grünau, Bohnsdorf). Montag, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Bagerhof, Cöpenick, Funktionärskonferenz. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig.

Bezirk Pichlerberg, 17. Abteilung. Montag, 7 Uhr, Abteilungs-Versammlung bei Hildebrand, Prinzenallee, Ecke Friedrichstraße. Erscheinen aller Genossen dringend erforderlich.

Kunstbildungsamt Neustadt. Deute, Sonntag, abends 7 Uhr, in der Aula der Realschule Kammermusikabend unter Mitwirkung von Anna Hopf-Gebel (Sopran), Hermann Hopf (Violoncello) und Elfriede Hopf (Alavier). Der am 7. November angefallene hellere Abend findet nunmehr am Montag, den 15. November, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Aula der Realschule statt. Eintrittskarten zum Preise von 2 M. zu beiden Veranstaltungen sind noch an der Abendkasse erhältlich.

Wegen großer Verstöße gegen die Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin ist dem Kohlenhändler Poliakowski, Reußstr. 60, der Fortbetrieb des Kohlenhandels untersagt worden.

Prekäre Verhältnisse mit wichtigen Verbands- und Parteiausschüssen am 9. November in Mariensfeld. Nachricht über Verbleib an den Postler der Daimlerwerke Mariensfeld erbeten.

Zusammenlegung von Protokommisionen. Am 20. November 1920 wird die 217. Protokommision, Zwinglstr. 37 mit der 139. Protokommision, Lebehofstr. 23 vereinigt. Den Vorsitz der vergrößerten 139. Protokommision hat Herr Kaufmann Tausk. Die 181. Protokommision, Strahmannstr. 5, wird am 20. November nach Nr. 6 verlegt und dorlebst mit der 80. Protokommision vereinigt. Die vergrößerte 80. Kommission eröffnet ihren Betrieb am 22. November, den Vorsitz führt Herr Lehrer Haltenbogen.

Schmiergelber sind keine Gesehungskosten. Schmiergelber dürfen nicht in die Gesehungskosten eingerechnet werden. Bei der Nachprüfung der Gesehungskosten haben beteiligte Behörden vielfach Provisionen vorgeschunden, die beim Verkauf von Waren gezahlt worden sein sollen. In Wirklichkeit waren dies mehrfache Beträge, die Schmiergelber zur Erlangung knapper Waren sind. Solche verschleierte Schmiergelber wirken in hohem Maße preissteigernd. Das Reichswirtschaftsministerium hat deshalb Anweisung gegeben, diese Gelber von den Gesehungskosten als unberechtigt abzulehnen. Den beteiligten Stellen ist sogar empfohlen worden, im Falle der Feststellung von solchen Schmiergelbern gegen Geschäftsleute und Angestellte mit Hilfe des Vereins gegen das Bestechungswesen in Berlin-Charlottenburg, ein Strafverfahren wegen Vergehens auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb einzuleiten.

Deutscher und Preussischer Städteitag. Der Deutsche und der Preussische Städteitag haben ihre Hauptversammlungen zum 19. und 20. nach Köln geladen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: Wohnungsnot und Wohnungsbau, Abbau der Preise, Erwerbslosenfürsorge und Kostendarbeiten, die Finanzlage der Städte, die Behandlung der Gemeinden in der heutigen Gesehung und Verwaltung, Erlaß des Preussischen Unterrichtsministers vom 20. Oktober 1920 über Gewährung von Beihilfen für das höhere Schulwesen.

Der Republikanische Führer-Bund fordert hiermit alle Mitglieder und Republikaner auf, an der Versammlung des Reichswirtschaftsverbandes derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten am Sonntag, den 14. 10 Uhr vorm. im Circus Busch teilzunehmen. Das Reichswelt-Gruppen-Kommando 3 hat ohne verfassungsmäßiges Recht seinen Angehörigen den Besuch dieser Versammlung verboten. Gegen diesen Verfassungbruch muß unbedingt in der öffentlichen Versammlung des R. D. B. Verwahrung eingelegt werden.

Der Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten, der es sich zur Aufgabe gestellt, die Interessen der Tuberkulösen, insbesondere der aus den Heilstätten Entlassenen zu vertreten, veranstaltet am nächsten Dienstag, den 16. November, in F e i w e i s s e s t e i n e n, Kolberger Str. 23 (am Bahnhof Wedding) wieder eine öffentliche Volksversammlung, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Moles über: „Das Massensterben im Proletariat“ sprechen wird.

Teilnehmerverzeichnis für alle Nebenanschlüsse. In der Verteilung des Teilnehmerverzeichnis für den Fernsprecher

haben die Ausführungsbestimmungen insofern eine Verbesserung gebracht, als jetzt nicht nur für jeden Hauptanschluß, sondern auch für jeden unentgeltlich in das Teilnehmerverzeichnis einzutragenden Nebenanschluß ein Abdruck des Teilnehmerverzeichnis unentgeltlich geliefert wird. Unentgeltlich in das Verzeichnis einzutragen werden Nebenstellen für andere Personen auf dem Grundstück der Hauptstelle und Nebenstellen auf anderen Grundstücken. Teilnehmer, die einen Nebenanschluß auf demselben Grundstück haben, erhalten demnach kein besonderes Verzeichnis für diesen Nebenanschluß. Es ist dies insofern eine Ungerechtigkeit, als die Gebühren für Nebenanschlüsse dieselben sind, ob der Inhaber des Haupt- und Nebenanschlusses derselbe ist oder ein anderer. Es wäre billig, allen Inhabern von Nebenanschlüssen ein Fernsprecherzeichnis zuzuwenden, die dieselben Gebühren entrichten. Von der Postverwaltung ist auch stets anerkannt worden, daß eine Ausrüstung jeder einzelnen Sprechstelle mit einem neuen Verzeichnis eine notwendige Voraussetzung für einen unge störten Betrieb ist. Diesem werden alle Verzeichnisse mit alten Anschlüssen nummern benutzt, so daß das Amt überflüssigerweise wiederholt in Anspruch genommen wird.

Meißensee. Die Anmeldungen zur Jugendweiche zu Otern 1921 müssen umgehend erfolgen und zwar bei den Genossen Lud. Lange Hansstr. (Freiheit) 7, Meißel, Gäblerstr. 7, Clemens, Straßburgerstr. 53 und Hanter, Streustr. 8. Die Teilnahme an der Jugendweiche, sowie auch an dem Vorbereitungsunterricht, welcher anfangs Dezember beginnt, ist vollständig kostenlos. An alle freibewilligten Eltern ohne Unterschied der Parteistellung ergeht hiermit der Ruf, ihre Kinder umgehend bei den obengenannten Stellen anzumelden.

Gewerkchaftliches

Neuregulierung der Löhne in der Berliner Metallindustrie

Die Verwaltung des Metallarbeiter-Verbandes hat dem Schiedsgericht ihre Zustimmung gegeben. Es besteht die bestimmte Aussicht, daß das Metalltarif in der am Sonntag, den 13. November stattfindenden Sitzung sich ebenfalls einmütig auf den Boden des Schiedsspruches stellen wird.

Der Schiedspruch tritt in Kraft mit der auf Sonntag, den 7. November folgenden Lohnwoche.

I. Die Einstellungsstundenlöhne werden wie folgt erhöht:

- a) Für alle männlichen Arbeiter über 21 Jahre in allen Klassen um 30 Pfennig.
- b) Für jüngere männliche Arbeiter in allen Klassen um 20 Pfennig.
- c) Für Arbeiterinnen an Maschinen bzw. Handarbeiterinnen, deren Leistungen nicht an den Leistungen und der Entlohnung männlicher Arbeiter gemessen werden können, um 20 Pfennig.
- d) Für männliche und weibliche Jugendliche um 20 Pfennig.
- e) Die bestehenden Akkordlöhne bleiben mit Ausnahme der unter III behandelten unverändert.
- f) Die Abzugshöhe für die unter I genannten Arbeiterinnen beträgt 3,15 M.
- g) Bei qualifizierten, um deswillen in Lohn ausgeführten Arbeitern, weil sie nicht in Akkord kalkuliert werden können, wird eine Zulage bis zu 60 Pfennig je Stunde gewährt. Die bisher hierfür gewährten Zulagen von 10, 20 und 30 Pfennig werden auf 40, 50 und 60 Pfennig erhöht.
- h) Die zu den Einstellungsstunden nach dem jetzigen Tarif hinzukommenden Zuschläge bleiben unberührt.

„Viktoria“

Die Direktion der „Viktoria“ wendet sich mit einer Nachricht an die Beschäftigten, worin sie mitteilt, daß sie die durch Schiedsgericht ausgesprochenen Gehälter an die Einnahmer nicht zahlen kann. Die Einnahmer sehen sich hierdurch veranlaßt, den Beschäftigten, mit denen sie zum Teil jahreslang in enger Fühlung standen, den wahren Sachverhalt mitzuteilen. Die Direktion

Der helle Mantel und seine Reize



Sein größter Reiz **295.-**

Es ist ein wunderbarer Mantel, den wir Ihnen hier zeigen. — Aus schönem dickwolligen Stoff nach neuester Mode gut verarbeitet. Flott im Schnitt, tadellos im Sitz. **Den müssen Sie haben!**

C&A

Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof

Schweig in ihrer Aufschrift wohlweislich, welches Gehalt den Einnehmern zugesprochen worden ist. Der Reichstaxist sah für die Einnehmer ein Monatsgehalt von 540,- M. vor, für die achtstündige Arbeitszeit. Das hierzu fehlende mußte, um die Familie halbwegs ernähren zu können, durch Abschluß von Neuversicherungen in den Abendstunden und auch des Sonntags eingeholt werden unter Zuhilfenahme von stillen Vermittlern, welche am Verdienst beteiligt sein wollten. Durch Schlichtspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 23. 7. 20 wurde das Gehalt auf 675,- M. erhöht. Die „Victoria“ glaubte, dieses nicht zahlen zu können und kündigte, obgleich der Vertrag noch bis zum 31. 12. 20 läuft, sämtlichen Einnehmern zum 31. Oktober 1920 das Dienstverhältnis. Die „Victoria“ hat ihnen jedoch einen sog. Hebevertragsvertrag an, welcher den Einnehmern eine Verdienstmöglichkeit zwischen 200,- M. und 475,- M. pro Monat gewährleistet, nebst Kasse aber den Einnehmern zugleich, für sich eine Holgebür von 0,10 M. und 0,20 M. erbetteln zu dürfen, welche im Monat ca. 50,- bis 100,- M. einbringen dürfte. Die Einnehmer sollten nach diesem Vertrage als freie Gewerbetreibende gelten und hierdurch alle Rechte z. B. Mitbestimmungsrecht, Arbeitnehmervertretung usw. preisgeben und sich einzeln dem „Wohlfühlen“ der Direktion ausliefern, welches diese selbstverständlich ablehnten, erklärten sich aber bereit, um den Wirtschaftsfrieden und ihre Stellung zu erhalten, von dem Tarifschlichtspruch Abstand zu lassen trotz der steigenden Teuerung. Auch dieses wurde von der Direktion strikt abgelehnt. Seit dem 28. 10. werden die Beiträge von den Versicherungen nicht mehr abgeholt. 5/8 Millionen Versicherte haben ihre sauer ersparten Groschen der „Victoria“ anvertraut und laufen nunmehr Gefahr ihrer Ansprüche verlustig zu gehen, weil in sehr vielen Fällen die Möglichkeit, die Beiträge in der von der Gesellschaft nunmehr geforderten Form abzuführen nicht besteht. Beim Abschluß der Hebeversicherung ist von jedem Vertreter mit allem Nachdruck erklärt worden, die Beiträge werden regelmäßig und pünktlich abgeholt und nur dadurch sind die Versicherungen zum Abschluß gekommen. Jetzt glaubt die „Victoria“ sich pünktlich auf den § 37 des Versicherungsvertragsgesetzes berufen zu dürfen, welcher besagt: „Ist die Prämie regelmäßig bei dem Versicherungsnehmer eingezogen worden, so ist dieser zur Übermittlung der Prämie erst verpflichtet, wenn ihm schriftlich angezeigt wird, daß die Übermittlung verlangt werde.“ Wäre dieses dem Versicherungsnehmer beim Abschluß der Hebeversicherung mitgeteilt oder auch nur angedeutet worden, so hätten die Herren, die jetzt auch anders können, sich solche Risiken geminne nicht einstecken können, weil die Abschlässe nicht zustande gekommen wären. Die Direktoren erklären bei jeder Gelegenheit, sie seien nur die Verwalter der Gelder der Versicherten. Wie sieht die Verwaltung aber nun in Wirklichkeit aus. 4000 Angestellte müssen noch um das Gehalt für die dreimonatliche Aussperrung einzeln klageln. Dauern sind Direktionsvertreter im ganzen Reich auf Reisen, um Termine für die „Victoria“ wahrzunehmen, die von einer Zahlung zur anderen gejagt werden und sich aus den Vertragsverhältnissen der Angestellten ergeben. Immer neue treten hinzu, weil es der neugebildete juristische Direktor Fiedle so will. Hier werden die Gelder der Versicherten vergeudet und kostbare Arbeitszeit verschwendet; alles geht zu Lasten der Versicherten. Hier ist es Aufgabe der Versicherten, die Aufsichtsbehörden darauf aufmerksam zu machen und Schritte zu schaffen, nicht die bescheidenen Gehälter der Einnehmer und Versicherungsangestellten sind es, die den Betrieb verteuern, sondern nur der Starrsinn und die Gewinnucht derjenigen, die sich als die Verwalter der Gelder der Versicherten aufspielen.

Streik der Uniform-Mützenmacher

Die Uniform-Mützenmacher der Firma Robert Lubstein, Al-Moabit 104, befinden sich seit dem 23. Oktober im Ausstand. 11 Arbeiterinnen verüben Streikbruch und leisteten Herrn Lubstein Besserdienste. Herr Lubstein ist ein ganz brutaler Arbeitgeber. Da die Berliner Uniform-Mützenmacher bis zum Ausbruch der Revolution nicht organisiert waren, so war es besonders für diesen Herrn leicht, die Kriegsgewinne der vier Jahre ungeschmälert in die eigene Tasche zu stecken. Als im Januar 1919 die Mützenmacher sich organisierten und die erste Lohnforderung stellen, da gründeten auch die Herren Arbeitgeber sofort eine Vereinigung und Herr Lubstein wurde ihr Vorsitzender. Seine erste Tat war, die Forderung der Arbeiter abzulehnen. Ein Streik von drei Wochen mußte die Herren erst belehren, daß nicht mehr Kriegszeit ist. Als der zweite Tarif zum 1. Mai abließ, verlangte die Kollegenschaft 125 Prozent Aufschlag. Die Unternehmer boten nur 50 Prozent. Der angerufene Schlichtungsausschuss fällt einen Schlichtspruch und sprach den Arbeitern 65 Prozent zu. Während die Arbeiter den Schlichtspruch annahm, lehnten ihn die Unternehmer ab. Der Verband ersuchte darauf den Demobilisierungskommissar, den Schlichtspruch für verbindlich zu erklären. Zur zweiten Verhandlung beim Demobilisierungskommissar ließ von Herrn Lubstein ein Schreiben ein, worin mitgeteilt wurde, daß sich der Verband der Fabrikanten aufgelöst habe. Das war nur das Werk des Herrn Lubstein und er glaubte auf diesem Wege der Tarifbewegung den Hals umgedreht zu haben. Zu den Arbeitswilligen sei noch bemerkt, daß ein Bruder des Herrn V.

Herr Bruno Lubstein, Grünthalerstr. 17, der bisher mit seinem Bruder auf feindlichem Fuße stand und nicht für ihn gearbeitet hat, jetzt Streikbrecherdienste leistet. Sonderbar finden unsere Kollegen noch das Verhalten eines bei der Fa. Vorig-Teigel beschäftigten Metallarbeiters Schmidt, wohnhaft Am Nordhafen 8, der sich die ersten Tage den Kollegen gegenüber als ein sehr tadelloser Arbeiter gebärdete, es zücht, daß seine Frau, nachdem sie einige Tage zum Scheine krank war, als Streikbrecherin arbeitet. — Deutscher Kärtnerverband, Filiale Berlin. Die Ortsverwaltung.

Forderungen der Bankbeamten

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten hielt am Freitag eine öffentliche Versammlung ab, die sich mit den neuen Reichstaxi-Verträgen für das deutsche Bankgewerbe beschäftigte. In dieser Versammlung wurde eine einmalige Wirtschaftshilfe für Verheiratete in Höhe von 6000 M., für Ledige in Höhe von 5000 M. und für Jugendliche in Höhe von 3000 M. gefordert. Der Reichsverband der Bankleitungen hat am gestrigen Sonnabend Verhandlungen mit den beiden Organisationen begonnen, die sich mit dem neuen Reichstaxi-Vertrag beschäftigten. Der Reichsverband der Bankleitungen macht folgende Vorschläge: Die Verheirateten-Zulage soll auf 3000 M. erhöht werden, die bisherigen Gehaltszüge sollen um 10 Proz. erhöht werden, mit Wirkung vom 1. August d. J. ab. Außerdem sollen sofort Nach-

zählungen pro Kind und Woche 4 M. bleibt weiterbestehen. Für die Handschuhmacher brachten die Tarifverhandlungen eine Lohnerhöhung von 10 Prozent, für Näherinnen 15 Prozent. Die Lohrbände, welche eine Lohnerhöhung im März erhalten hat und infolge der schlechten Konjunktur gezwungen war, von Lohnforderungen abzulehnen, stellte neue Forderungen, welche die Fabrikanten ablehnten. Am 19. Oktober wurde folgender Schlichtspruch gefällt: Gelehrte und qualifizierte Arbeiter erhalten 20 Prozent, ungelernete 25 Prozent Zuschlag. Die Fabrikanten lehnten diesen Schlichtspruch ab. Auch beim Demobilisierungskommissar wurde keine Einigung erzielt. Von Seiten der Verhandlungskommission wurde nun die Verbindlichkeitsklärung beim Kommissar eingereicht; dieser verzweigte sich dagegen, mit der Motivierung, da beide Organisationen in fast sämtlichen Punkten des Tarifvertrages einig seien, mit Ausnahme der Lohnerhöhung und der Waisezeit, daß diese beiden Punkte beide Organisationen unter sich regeln sollen. Es fanden auf Grund dessen mehrere Verhandlungen statt. In einer Branchenversammlung am 10. November erklärten sich die Kollegen mit 423 Stimmen gegen 80 Stimmen bei Nichtannahme des Schlichtspruchs bereit, in Streik zu treten. Nach wöchentlichen Verhandlungen nahmen am 11. November die Fabrikanten den Schlichtspruch an, mit der Bedingung, daß die Waisezeit nicht im Tarif aufgenommen wird, sondern geben die Erklärung ab, daß, wo dieselbe besteht, dieselbe weiter beibehalten wird. Gleichfalls wünschten die Fabrikanten eine Verlängerung des Tarifs bis 31. Januar 1921, wozu die Kollegen noch in einer Versammlung Stellung nehmen sollen.

Wahlung H. Vorig, Teigel. Die Auszahlung der Ausgesperrten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes findet am Montag, den 15. November 1920, in den Pharusälen statt. Von 10 bis 11 Uhr Zahlstelle A von 1 bis 150, Zahlstelle C von 1 bis 129; von 11 bis 12 Uhr Zahlstelle A von 151-300 und Zahlstelle D von 1-200; von 12 bis 1 Uhr Zahlstelle A von 301 bis 450 und Zahlstelle D 200 und darüber; von 1 bis 2 Uhr Zahlstelle A von 451 und darüber; von 2 bis 3 Uhr Zahlstelle F; von 2 bis 3 Uhr Zahlstelle B; von 1 bis 2 Uhr Zahlstelle E; von 2 bis 3 Uhr Zahlstelle G; von 3 bis 3 Uhr Zahlstelle H. — Um Andrang zu vermeiden, müssen die Kollegen pünktlich erscheinen. Betriebsrat E. Vorig.

Betriebsräte und Vertrauensleute der Buchdruckereien. Am Montag, den 15., nachmittags 5 Uhr, findet in den Central-Festsaal, Alte Jakobstraße 32, eine Versammlung aller in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbinderinnen statt. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen mit den Buchdruckerbetreibern. Die Vertrauensleute werden ersucht, bereits um 4 Uhr zu erscheinen, damit vorher eine Klärung mit ihnen abgehalten werden kann. Um pünktliches Erscheinen bittet die Branchenleitung.

Betriebsräte der Metallbranche. Montag, d. 15., vorm. 10 Uhr, findet im Lokal Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11-12, eine Sitzung der Delegierten und Vor. der Betriebsräte der Metallindustrie statt.

J. A. Schwarz

Arbeitslose Buchdrucker! Am Dienstag, den 16. November, vorm. 10 Uhr, Arbeitslosenversammlung in den Sophien-Sälen.

Wahlung Töpfer! Die Bauten im Kantawerk 1, 2, Ausführender Max Wülling bzw. dessen Beauftragter Otto Raack, sind für organisierte Dienstler gesperrt. Es liegen Differenzen wegen der Auslösung vor. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten, da die Firma versuchen wird, von auswärtigen Arbeitskräfte heranzuziehen. Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen, Filiale Berlin.

Betriebsräte, Betriebsvertrauensleute und Generalversammlungs-Delegierte des graphischen Gewerbes

Am Mittwoch, den 17. November, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in der Säulenhalle des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 25 (nahe Stettiner Bahnhof) eine Versammlung sämtlicher Funktionäre der Buchdrucker, Buchbinder, Schriftsetzer, Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Steinbrucker und Lithographen statt, die auf dem Boden U. S. V. D. (Crispien-Redebour) stehen.

Tagesordnung:

1. „Vorgang des Erhaltung starker, gesunder Organisationen im Interesse des Proletariats?“ Referent: Genosse Otto Ziska.
2. Diskussionen.

Genossen! Wer der Zertrümmerung der Partei und Gewerkschaften das Wort redet, begeht Verrat an der Arbeiterbewegung. Beweist, daß Ihr Euch derartigen Bestrebungen mit aller Macht entgegenstellt!

Funktionärsausweis der Verbände sowie Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Der geschäftsführende Ausschuss.
J. A. Fritz Schneider.

zahlungen in Höhe von 900 M. an Verheiratete und 600 M. für Ledige stattfinden. — Die Organisationen werden zu dem Vorschlag des Reichsverbandes Stellung nehmen.

Lohnbewegung im Papier- u. Pappen-Großhandel

Die Handelshilfsarbeiter dieser Branche hatten an die Unternehmer die Forderung einer 30-prozentigen Lohnzulage gestellt. Die stattgefundenen Verhandlungen mit den Arbeitgebern verliefen ergebnislos. Eine Lohnerhöhung für die über 20 Jahre alten Ledigen sowie Verheirateten wurde zurückgewiesen; es sollte den verheirateten Arbeitnehmern nur eine Kinderzulage gewährt werden. Die Arbeitnehmer beschloßen, den Schlichtungsausschuss anzurufen. Ueber diese Verhandlungen berichtete Haeckling vom Transportarbeiter-Verband in einer gutbesuchten Versammlung der Arbeitnehmer. Nach einer lebhaften Diskussion wurde dem Vergleich der Parteien vom 8. November 1920 vor dem Schlichtungsausschuss zugestimmt.

Lohnbewegung der Federarbeiter und Arbeiterinnen. In der Versammlung vom 7. November wurde bekanntgegeben, daß der Tarif für die Weißlederbranche abgeschlossen ist. Eine Lohnerhöhung fand nicht statt. Es wird eine Teuerungszulage für Verheiratete 300 M., Ledige 225 M., Frauen 150 M. gewährt. Die

Zum 100. Geburtstage Friedrich Engels

erscheint demnächst

Engels als Denker

Von Max Adler

Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk

3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Schüssen gratis. Kronen v. 30 Mk. an

Spez.: Zähne ohne Saumen. Keine Luxuspreise.

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Elektrische Plätt-, Koch- u. Heizapparate besonders preiswert

Vorteilhafte Angebote in allen Abteilungen

Vier Stockwerke MOBEL

N. ISRAEL

BERLIN C, Spandauer Str. 16 Gegründet 1815 BERLIN C, Königstr. 11-14

Damenwäsche	Handarbeiten	Kleiderstoffe	Wirkwaren	Damentleidung
Taghemd im Rumpf gestickt... 39.-	Auf feinem, weiß. Leinen, bez. zeichn., Loch-u. Ausschaltbar. 59-60 19.75	Popelin mit kunstseidenen Streifen, für Blusen und Kleider... Mtr. 28.-	Kinder-Strümpfe Reinw., schwarz, gestrickt in 8 Gr., Gr. 3 12.50	Bluse aus gestreitem Flanell halstrei od. geschloss. 49.-
Taghemd Ein u. Ans. 42.-	Mitteldecke 60-60 29.75	Kariert Kleiderstoff vorzügl. Qual., Mtr. 34.-	Kinder-Sweater reinw., marine Trikot m. Umlegekrag, in 6 Größen, Gr. 1 46.50	Kleid a. kariert Stoff m. plissiertem Rock 250.-
Nachthemd u. Hohlstr. 78.-	Kaffeewärmer zweifaltig... 14.75	Reinwoll. Kleiderstoff marine und schwarz 105 cm... Mtr. 79.-	Rodel-Garnitur 3teilig in 3 Größen, für 4-5 Jahre... 148.-	Kleid aus Wollstoff mit farb. Stepperei 390.-
Beinkleid Ansatz... 39.-	Kissenplatte 42x60 24.75	Reinwoll. Mantelflausch dunk. meliert 130 cm m. 65.-	Damen-Bluse aus reinwoll. Trikot, Größe 44 und 46, M. 93.-	Kleid aus reinwoll. Trikotstoff mit farbiger Wollstickerei 598.-
Sticker-Unterrock reich garniert... 69.-	Vierecke Kreuzstich, Loch-u. Ausschaltbar. 4.45	Favorit-Schnittmuster Mode-, Handarbeit- und Puppen-Alben	Wollener Sportjacket in melierten Farben 39.-	Morgenjackette aus Flauschstoff mit farbigem Besatz... 69.-
Prinzbrock m. Stick-Ein-u. Ansatz, reich garn. 125.-	Weiß. Twist mit Seidenglanz 3 Gramm 1.30		Damen-Sportjackette reinwollener kräftiger Trikot 175.-	Mantel Winterstoffen 175.- 245.- 390.-
Schmuckschürze m. Träg., blau Madapolam, reich garn. 19.50	Kissenplatte mit Rückwand, graue Reialen 42x60 24.75		Bett-Damast vorzügliche Qualität, 82 cm 33.- 130 cm 49.50	Trikot-Morgenrock, vorzügl. Qual. 245.-
Korsett mode. Nessel, lange Form... 29.50	Spitzendecke weiß m. Ein u. Ans. 60x60 24.75			



Caïd 40's die gute Zigarette

MASSARY ZIGARETTEN

